

WPS LSVD+ Baden-Württemberg e.V. & IG CSD Stuttgart e.V.

1. *Selbsthilfe und Förderung von Beratungsstrukturen: Sind Sie für eine langfristige Absicherung von LSBTIQ*-Selbsthilfe-Einrichtungen, und was will Ihre Partei tun, um Beratungsstrukturen (sowohl professionell institutionalisiert als auch ehrenamtlich) zu unterstützen und ggf. auszubauen?*

Ja, queere Beratungs- und Selbsthilfeangebote unterstützen und stärken LSBTIQ*-Personen jeden Alters in allen Lebenslagen. Ausgehend vom Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ haben wir gemeinsam mit dem Queeren Netzwerk Baden-Württemberg und weiteren Partner*innen vielfältige Angebote und Strukturen im Bereich der queeren Beratung und Selbsthilfe aufgebaut, gefördert und unterstützt. Wir wollen diese Angebote und Strukturen bedarfsgerecht weiterentwickeln und verlässlich finanzieren.

2. *Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“: Werden Sie in diesem Sinne den 2025 neu aufgelegten Aktionsplan weiterführen und weiterfinanzieren?*

Ja, wir sind stolz darauf, dass wir diese Agenda für Vielfalt, Sichtbarkeit und Selbstbestimmung gemeinsam mit der queeren Community im Jahr 2015 etablieren und im Jahr 2025 weiterentwickeln konnten. Der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ ist das Herzstück der Queerpolitik in Baden-Württemberg. Die Mittel für den Aktionsplan wurden in den vergangenen Jahren deutlich erhöht – auf die Rekordsumme von aktuell 600.000 Euro pro Jahr. Wir sagen zu, dass wir uns weiterhin für die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen, für die Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung und für Fortschreibungen des Aktionsplans einsetzen werden.

3. *Gewaltprävention: Queerfeindliche Hasskriminalität und Gewalt sind in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg extrem angestiegen. Gleichzeitig sind das Landesantidiskriminierungsgesetz und andere Vorhaben zur Gewaltprävention der Landesregierung gescheitert. Sind Sie der Meinung, die vom Land und durch die Innenministerkonferenz angestoßenen (Präventions-)Maßnahmen sind ausreichend? Werden Sie diese Maßnahmen ggf. implementieren? Was tut Ihre Partei zur weiteren konsequenten Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt?*

Gerade in einer Zeit, in der queerfeindliche Hasskriminalität in erschreckendem Ausmaß zunimmt, müssen wir queeres Leben schützen und stärken. Der von uns initiierte Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ hat ein Bündel von 46 Maßnahmen umgesetzt, um die Bekämpfung von Hasskriminalität in Baden-Württemberg zu intensivieren. Daran wollen wir anknüpfen und weiter klare Ziele verfolgen: Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz stärker sensibilisieren, die Strafverfolgung effektiver machen, Präventionsstrategien gezielter umsetzen. Mit Blick auf die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl der queeren Community ist uns wichtig, dass das Innenministerium die jährliche Dialogveranstaltung zwischen Polizei und CSD-Organisierenden im Vorfeld der Pride-Saison in Baden-Württemberg auch weiterhin durchführt.

Es ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft, wenn alle Menschen in unserem Land frei, sicher und gleichberechtigt leben können. Antidiskriminierungsarbeit ist deshalb nach wie vor unverzichtbar. Die Antidiskriminierungsstelle des Landes Baden-Württemberg ist dabei eine wichtige Partnerin. Sie wird ergänzt durch lokale Beratungsstellen gegen Diskriminierung, die in den vergangenen Jahren mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln an verschiedenen Standorten im ganzen Land aufgebaut wurden. Mit einem starken und wirksamen Gleichbehandlungsgesetz wollen wir eine Schutzlücke im Antidiskriminierungsrecht schließen und Sicherheit im Umgang mit staatlichen Behörden schaffen.

4. *Geflüchtete: Schutz und inklusive Integration von queeren Geflüchteten sind wichtiger denn je – stimmen Sie zu, dass die Maßnahmen hier nicht ausreichend sind bis jetzt? Wie will sich Ihre Partei hier einsetzen?*

In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Wir wollen allen Geflüchteten mit besonderen Schutzbedarfen den notwendigen Schutz zukommen zu lassen. Das setzt voraus, dass diese besonderen Schutzbedarfe erkannt und anerkannt werden. Der Schutz vor Diskriminierung und Gewalt muss unter allen Umständen gewährleistet sein. Deshalb setzen wir uns für Gewaltschutzkonzepte und Mindeststandards für die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ein.

Die grün-geführte Landesregierung hat das Projekt „Hürden & Diskriminierungen abbauen – Queere Geflüchtete stärken“ im „Pakt für Integration“ mit den Kommunen verankert. Damit ist eine jährliche Förderung in Höhe von 300.000 Euro verbunden. Im Rahmen dieses Projekts werden queere Geflüchtete individuell beraten, begleitet und unterstützt. Ergänzend werden Fachkräfte und Ehrenamtliche im Umfeld von Geflüchteten geschult, qualifiziert und sensibilisiert. Für uns ist das ein Projekt mit Leuchtturm-Charakter.

5. *Regenbogenfamilien: Es gibt immer noch keine Reform des Abstammungsgesetzes, es gibt keine juristischen Regelungen für die Absicherung vielfältiger queerer Familienformen, etwa Mehrelternschaft oder für Familien mit TIN*-Familienteil(en). Werden Sie sich (weiterhin) für eine Reform des Abstammungsrechts einsetzen? Werden Sie sich für die rechtliche Absicherung anderer vielfältiger Familienkonstellationen einsetzen? Wird Ihre Partei auch auf Landesebene Beratungsstrukturen für Regenbogenfamilien und alle, die es werden wollen, ausbauen und/oder fördern?*

Ja, denn Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, sich umeinander kümmern und gemeinsam ihr Leben gestalten. Deshalb ist es höchste Zeit, dass unsere Gesetze die Vielfalt des Familienlebens anerkennen. Daher treten wir für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts ein, damit auch Regenbogenfamilien und andere vielfältige Familienformen rechtlich abgesichert sind. Mit BerTA (Beratung, Treffpunkt und Anlaufstelle für Regenbogenfamilien) wurde in Stuttgart ein Ort für alle lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Eltern und solche, die es werden wollen, geschaffen. Wir wissen, dass es mehr solcher Orte in Baden-Württemberg braucht und werben dafür, dass sie entstehen können.

6. *Queerer Schutz in die Landesverfassung: Sollte die Landesverfassung Ihrer Meinung nach entsprechend ergänzt werden?*

Ja, wir brauchen einen rechtlichen Rahmen, der unmissverständlich deutlich macht: Queere Rechte sind Menschenrechte. Der Schutz queerer Menschen muss endlich ins Grundgesetz und auch in die Landesverfassung.

7. *Queerer Schutz im Grundgesetz: Unterstützt Ihre Partei die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität?*

Ja, wir brauchen einen rechtlichen Rahmen, der unmissverständlich deutlich macht: Queere Rechte sind Menschenrechte. Der Schutz queerer Menschen muss endlich ins Grundgesetz und auch in die Landesverfassung.

8. *Sichtbarkeit und Bildung: Stimmen Sie mit uns überein, dass es eine Förderung lesbischer Sichtbarkeit braucht, die weitere Stärkung von Aktivist:innen und weiterhin mehr Förderung von Vielfalt in Schulen und anderen Bildungsbereichen? Und wenn ja, was tut Ihre Partei in diesen Bereichen in der kommenden Legislaturperiode?*

Ja, es ist uns ein Anliegen, lesbische Sichtbarkeit zu fördern und zu stärken. Lesben bringen sich vielfach in soziale Bewegungen ein und haben nicht nur die Frauen-, Gleichstellungs- und Emanzipationsbewegung entscheidend vorangebracht. Zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der LSBTIQ*-Verfolgungsgeschichte in Baden-Württemberg gehören auch vielbeachtete Projekte zur Erforschung lesbischer Lebenswelten in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Für deren Förderung haben wir uns in den vergangenen Jahren erfolgreich eingesetzt.

9. *Stimmen Sie ferner zu, dass Lebensrealitäten queerer Menschen in Bildungsplänen verankert, Bildungsarbeit mit Jugendlichen gefördert und Lehrkräfte im respektvollen Umgang mit Diversität (weiterhin) sensibilisiert werden müssen?*

Schule muss ein sicherer Ort für queere Menschen und queere Themen sein. Mit diesem Ziel hat das Kultusministerium im Jahr 2023 den Runden Tisch „Schule queer gedacht“ eingerichtet. Auf Empfehlung des Runden Tisches wurde eine Meldepflicht für queerfeindliche Vorfälle an Schulen eingeführt. Sie soll sicherstellen, dass die Schulen nicht wegsehen, wenn queere Jugendliche diskriminiert werden. Als Handreichung für alle Schulen im Land wurde ein Katalog mit FAQ zu LSBTIQ*-Themen erarbeitet und online veröffentlicht. An den Regionalstellen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung wird eine Fortbildungsreihe angeboten, die Lehrkräfte im Umgang mit diskriminierenden Vorfällen stärken soll. Das sind konkrete Maßnahmen, um die im Bildungsplan 2026 verankerte Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ mit Leben zu füllen. Darauf wollen wir aufbauen.

Wir setzen uns außerdem für diskriminierungssensible und vielfaltsbewusste Kompetenzen und Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit ein. Erst kürzlich hat das Sozialministerium ein neues Förderprogramm auf den Weg gebracht, um Projekte zu unterstützen, die diskriminierungssensible Medienkompetenz an Kinder und Jugendliche vermitteln, Empowerment-Angebote mit Kindern und Jugendlichen durchführen sowie die vielfaltsbewusste Qualifizierung und Weiterbildung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit stärken. In dem Wissen, dass in vielen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bereits zu diesen Themen gearbeitet wurde und wird, zielt diese Förderung auf die noch vorhandenen Potentiale ab und wertschätzt die bisherigen Anstrengungen. Wir versprechen uns davon neue Impulse für die Antidiskriminierungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen.

10. *Gesundheit und Gesundheitsmanagement: Stimmen Sie zu, dass es in BW eine bessere geschlechtergerechte und trans*-inklusive Gesundheitsversorgung braucht? Wenn ja, wie will Ihre Partei dies sicherstellen?*

Ja, wir wollen allen Menschen ein gutes und gesundes Leben ermöglichen. Daher wollen wir die geschlechter- und vielfaltssensible Grundlagenforschung ausbauen. Denn bislang vernachlässigt die Gesundheitsforschung die Frauengesundheit sowie die Gesundheit von trans*, inter* und nicht-binären Personen. Die Sensibilisierung und Fortbildung von Mediziner*innen, insbesondere von Gynäkolog*innen und Hausärzt*innen, halten wir für besonders wichtig, um für trans*, inter* und nicht-binäre Personen einen diskriminierungsfreien Umgang bei medizinischen Untersuchungen zu gewährleisten.

11. Alter und Pflege: Hält Ihre Partei es für wichtig, die teils besonderen Bedürfnisse älterer queerer Menschen zu berücksichtigen, etwa in der Pflege von Menschen mit HIV und bei der Ausbildung und Sensibilisierung von Pflegepersonal?

Ja, wir wollen das Qualitätssiegel „Lebensort Vielfalt“ bekannter machen und mehr Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste in Baden-Württemberg dafür gewinnen, sich um diese Auszeichnung und Zertifizierung zu bemühen. Für die Förderung einer diversitätssensiblen Pflege gibt die Broschüre „Pflege, Biografie und Vielfalt – Begleitung von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg“, die demnächst aktualisiert und überarbeitet werden soll, wichtige Hinweise, die wir in politischen Initiativen aufgreifen werden.

12. Arbeitswelt und Diversity Management: Unternehmen fahren ihr Engagement zurück, vielerorts gelten Gender-Verbote. Sind Sie der Meinung, es brauche mehr Unterstützung für die Akzeptanz queerer Menschen in der Arbeitswelt? Und was wollen Sie tun, um das Diversity Management wieder zu verbessern, vielleicht auch innerhalb der Landesverwaltung?

Im Jahr 2012 ist das Land Baden-Württemberg der „Charta der Vielfalt“ beigetreten. Das ist ein klares Bekenntnis zur Vielfalt in der Landesverwaltung – ob im Ministerium, im Regierungspräsidium, im Landratsamt oder in einer der zahlreichen anderen nachgeordneten Behörden. Dieses Zeichen für Offenheit, Wertschätzung und Respekt ist aus unserer Sicht mit dem Auftrag verbunden, dass sich das Land auch über die Landesverwaltung hinaus für einen wertschätzenden und vorurteilsfreien Umgang mit Vielfalt im Arbeitsleben einsetzt – beispielsweise in Gesprächen mit Unternehmen und Gewerkschaften.

13. Stimmen Sie ferner zu, dass die gesellschaftliche Diversität bei der Besetzung von Gremien beachtet werden sollte?

Ja, wir sind der festen Überzeugung: Vielfältige Perspektiven machen politische Entscheidungen besser. Mit dem Ziel, dass der Landtag jünger, weiblicher und vielfältiger wird, haben wir das Landtagswahlrecht in Baden-Württemberg reformiert.

Die queere Community hat sehr lange und beharrlich für eine Vertretung im Rundfunkrat gekämpft. Mit dem neuen SWR-Staatsvertrag, der im September 2025 in Kraft getreten ist, konnte dieses Ziel jetzt endlich erreicht werden. Das ist ein wichtiger Schritt für mehr Sichtbarkeit, Teilhabe und Vielfalt, den wir unterstützt haben.

14. Inklusive Sprache: Stimmen Sie zu, dass die Sichtbarkeit und Gleichbehandlung queerer Menschen durch inklusive Sprache unterstützt werden muss?

Gender-Sternchen, Doppelpunkt, Unterstrich: Immer mehr Menschen bemühen sich um eine geschlechtergerechte und inklusive Sprache, die die Diversität und Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet und alle Menschen anspricht. Wir trauen den Menschen an unseren Schulen und Hochschulen, in unseren Behörden und Verwaltungen zu, dass sie reflektiert und kompetent mit unserer Sprache umgehen können. Daher lehnen wir Gender-Verbote ab.

15. Sport: Ein nicht unerheblicher Teil der Sportförderung erfolgt über die Landesebene, auch werden hier Strukturen (aus)gebildet. Stimmen Sie zu, dass queere Menschen und ihre Belange im Sport stärker berücksichtigt werden müssen? Wenn ja, wie will Ihre Partei das umsetzen?

Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Wir begrüßen die Kampagne „Saisonziel – Haltung zeigen! Kein Platz für Diskriminierung im Sport“, die der Württembergische Landessportbund e.V. gestartet hat. Um die Teilhabe von LSBTTIQ*-

Personen in Sportvereinen und -verbänden zu erhöhen und Trainingsleitungen sowie Sporttreibende für queere Themen zu sensibilisieren, halten wir regelmäßige Austausch- und Vernetzungsformate zwischen Sportverbänden und der queeren Community für wichtig und zielführend. Durch die Unterstützung von LSBTIQ*-inklusive Sportveranstaltungen können wir Sichtbarkeit und Akzeptanz erhöhen.